



DUNKELZIFFER UNBEKANNT

Rassismus & rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf
Frühjahr 2017



IMPRESSUM

Dunkelziffer Unbekannt Heft 2

März 2017

Herausgegeben von:

AK Rechte Gewalt, Antirassistische
Registerstelle, AStA Alice Salomon
Hochschule

Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin
arreg@ash-berlin.eu

V.i.S.d.P.:

Y. Gagarin,
Allee der Kosmonauten 3,
10315 Berlin

Die Verteiler_innen des Heftes sind nicht mit den Macher_innen identisch. Wir verwenden als Geschlechterschreibweise den Gendergap (z. B. Aktivist_innen), um der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen Rechnung zu tragen. Das Sternchen hinter Männer* und Frauen* setzen wir, um auf (heteronormative) Zweigeschlechtlichkeit als soziales Verhältnis zu verweisen. Die Begriffe "Mann" und "Frau" sind keine fixen, natürlichen Kategorien, sondern Positionen in diesem Verhältnis.

Diese Ausgabe erscheint mit freundlicher Unterstützung der Alice Salomon Hochschule.

Interview: Matthias Bielor,
Spielplatzinitiative Marzahn

Seite 1

Die Antirassistische Registerstelle
Marzahn-Hellersdorf

Seite 3

Jahresrückblick & Auswertung 2016

Seite 5

Who Is Who
Die AfD-Fraktion in der BVV

Seite 13

keine Blumen für die AfD

Seite 15

Das NSU-Tribunal

Seite 16

Editorial



15.12.2016
Antifaschistische Kundgebung
gegen die AfD vor BVV Sitzung
am Freizeitforum Marzahn
© Oskar Schwartz

Foto Cover © LAMA 161

Im Frühling 2016 veröffentlichten wir *Dunkelziffer Unbekannt #1*. Dem vorausgegangen waren sich verschärfende gesellschafts-politische Entwicklungen in Marzahn-Hellersdorf: der Aufbau der Asylunterkünfte in der Maxie-Wander/Carola-Neher-Straße und heftige rassistische Mobilisierung, Hilflosigkeit auf Seiten des Bezirks, ein Anstieg rechter Gewalt und eine neue Unverhohlenheit, Rassismus und Ablehnung von Geflüchteten zu artikulieren. Mit den Broschüren wollen wir die öffentliche Debatte über rassistische Gewalt voran treiben und Menschen dafür sensibilisieren, was in ihrem Umfeld täglich passiert. Immer wieder sind wir wütend, fassungslos und im radikalen Dissens zu den Entwicklungen im Bezirk. Das vergangene Jahr, mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) und einer ungebrochen hohen Dichte von diskriminierenden Vorfällen, hinterlässt einen bitteren Geschmack. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe – die Auseinandersetzung mit der AfD – ergibt sich quasi zwangsläufig aus ihrem Wahlerfolg im Herbst 2016. Hier konnten die Rechtspopulist_innen berlinweit mit 23,2 % die meisten Stimmen abgreifen und als zweitstärkste Fraktion (!) in die BVV einziehen. Ihr Erfolg war vielleicht absehbar, die hohen Ergebnisse sind dennoch erschütternd. Die rassistisch aufgeladenen Diskussionen, v.a. um die Aufnahme Geflüchteter, oftmals von rechten und neonazistischen Gruppierungen bestimmt, drücken sich nun auch parlamentarisch aus.

Zum Glück zeigen viele Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen klare Kante gegenüber rechten Positionen. Wir sind viele, wir organisieren uns und heißen alle Engagierten und Interessierten willkommen! Es gibt unendlich viele Möglichkeiten sich hier oder anderswo einzubringen - sich einzumischen, zu streiten, solidarisch zu sein und die Opfer und Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt nicht allein zu lassen. Von vielen Seiten wurde im letzten Jahr deutlicher Protest laut, einiges davon findet Ihr im Heft. Wir werden weiterhin Position beziehen und Zeichen setzen, gegen Rechtspopulismus und eine Partei wie die AfD, die keinen Raum für ihren unerträglichen Rassismus, sexistischen Kackscheiß, menschenverachtende Homo-/Trans*phobie, elende Armutspolitik und die nationalistische Abschottung Europas bekommen darf!

Den Autor_innen und Unterstützer_innen der Broschüre sei gedankt. Von Herzen!

AK Rechte Gewalt, AStA und Antirassistische Registerstelle der
ASH Berlin
März 2017

»Sobald der persönliche Kontakt da ist, sind die Vorurteile dann plötzlich nicht mehr da«

Der Verein Spielplatzinitiative wurde im letzten Jahr wegen seines antirassistischen Ausrichtung und dessen Engagements mit geflüchteten Kindern im Bezirk Ziel von rassistischen Anfeindungen durch AfD Politiker.

Könnt ihr eure Initiative kurz vorstellen? Seit wann gibt es euch und wie sieht eure Arbeit aus?

Die Spielplatzinitiative gibt es jetzt seit 26 ½ Jahren. Es war einmal eine Bürgerinitiative, die hier verschiedene Plätze besetzt hat, um für die Kinder Räume zu schaffen, wo sie bauen, spielen und das Erlebnis mit Wasser, Feuer, Luft genießen können.

Habt ihr eine Veränderung in der Stimmung gegenüber Geflüchteten und Migrant_innen wahrgenommen in den letzten 2 Jahren?

Seit es uns gibt, gibt es auch die Auseinandersetzung über diese sogenannten Fremden, die Neu-Marzahner, die ja eigentlich gar nicht so neu sind. Fremde ist daher der falsche Begriff. Darunter zählen hier die Spätaussiedler, Roma und Vietnamesen. Wir haben einen Großteil an arabischen Familien, die durch die Verdrängung aus dem Zentrum nach Marzahn-Hellersdorf ziehen mussten. Das heißt seit Jahren gibt es diese Auseinandersetzung, die Stimmung war deshalb gar nicht so überraschend für uns. Es stellt also kein neues Problem dar, sondern eine neue Qualität. So wie wir schon damals mit Roma, Vietnamesen und Spätaussiedlern seit Jahren arbeiten, so arbeiten wir jetzt natürlich auch mit Flüchtlingen. Wir bieten Unterstützung an, insbesondere für Familien und Kinder. Es spielt eine große Rolle und es ist auch sehr wichtig.

Wie äußern sich Besucher_innen eurer Initiative, die selbst Rassismuserfahrungen machen?

Es dauert bis Menschen sich öffnen und ein Vertrauensverhältnis besteht, um über Rassismus zu reden. Mit einigen Spätaussiedlern zum Beispiel ist es so gut, dass sie mir erzählen mit welchen Problemen sie hier leben, dass ihre Ausbildung nicht anerkannt wird, dass sie hier in Deutschland pauschal als Alkoholiker, Kriminelle und Dealer verurteilt werden. Sie erleben den ekligen Rassismus in den Ämtern, Schulen und auf den öffentlichen Plätzen.

In den Ländern, aus denen sie kamen, waren sie immer „die Deutschen“ und jetzt werden sie hier als „die Russen“ bezeichnet. Es kam auch zu rassistischem Verhalten von unterschiedlichen Gruppen bei Begegnungen. Um dem entgegenzuwirken haben wir das Café International als Begegnungsort auf Augenhöhe gemeinsam mit Roma- und Spätaussiedler-Kindern geschaffen. Denn Vorurteile und Rassismus gibt es immer und überall. Wir möchten somit und mit unseren Kooperationen auch dem Rechtsruck einiger Spätaussiedler entgegenwirken. Wir versuchen uns mit allen Problemen auseinanderzusetzen und manchmal läuft es auch ein bisschen schief. Aber das gehört dazu, denn nur wenn man nichts macht, kann man auch nichts falsch machen.

Welche Rollen haben Vereine, Organisationen und Netzwerke gegenüber dem wachsenden Rassismus und neuer rechter Bewegungen (AfD, Pegida etc)?

Wir haben uns schon immer im Bezirk vernetzt, aber da spielte nur die Jugendarbeit eine Rolle, die Flüchtlingsarbeit nicht. Wir haben jetzt durch das Erstarken der rechten Bewegungen angefangen uns mit den Vereinen zu vernetzen, die mit den jeweiligen Gruppen arbeiten. Zum Beispiel mit Vision e.V ein Verein für und von Aussiedlern in Berlin, der AWO, die mit Roma Familien arbeiten und Reistrommel e.V., ein Verein für Vietnamesen, die alle in Marzahn ansässig sind. So veranstalten wir beispielsweise jährlich die Roma Kulturtage zusammen.



Foto: © facebook
Spielplatzinitiative Marzahn



Wer wenig Zeit für ehrenamtliches Engagement hat und trotzdem die Spielplatzinitiative unterstützen möchte, kann auch spenden:

Spielplatzinitiative

Marzahn e.V.

Bank für Sozialwirtschaft

Kontonummer: **33 93 100**

BLZ: **100 20 500**

Wie habt ihr euch im Bezirk vernetzt / ausgetauscht als die Anfeindungen durch die AfD veröffentlicht wurden? Was für Reaktionen gab es von Menschen aus dem Bezirk?

Nachdem der AfDler Gunnar Lindemann gegen uns gewettert hat, haben wir über Facebook auf ihn reagiert. Aber daraus wurde eher ein Pingpong-Spiel, das zu keiner Lösung führte. Nach den Drohungen von dem AfDler Bernd Lau, haben wir diese auf die Facebook Seite „Wir Hellersdorfer“ gestellt, damit Leute aus dem Bezirk sich ihre eigene Meinung dazu bilden konnten. Das war die klügere Variante. Letztlich fielen andere über diese Anfeindungen her und wir konnten uns da rausziehen. Der Jugendhilfeausschuss, die Vernetzungsrunde für Jugendarbeit und das Bündnis für Demokratie und Toleranz haben darauf reagiert, als wir sie fragten, was sie davon hielten. Auch der Quartiersrat hat eine Resolution an Bernd Lau geschickt. Durch die Anfeindungen der AfD wurden wir auch bekannter und viele Institutionen und Einzelpersonen haben uns ihre Solidarität ausgesprochen.

Gibt es Nachbar_innen oder Eltern, die sich rassistisch äußern und wenn ja, wie geht ihr damit um?

Die Fälle gibt es regelmäßig. Diese Fälle gibt es umso mehr, umso weniger die Eltern über unsere Arbeit und unsere Kontakte mit den Flüchtlingen wissen. Das heißt also, dass am Anfang viele Eltern ihre Kinder nicht haben herkommen lassen, weil sie mitbekommen haben, dass auch geflüchtete Kinder hier herkommen. Aber wenn wir dann zusammen Projekte gemacht haben, wie „Pizza International“ kamen auch jene Eltern mit ihren Kindern. Denn wenn es Pizza gibt, kommen alle. Und dann haben sie gesehen, dass das alles vollkommen normal ist. Sobald der persönliche Kontakt da ist, schlägt das über und die Vorurteile sind dann plötzlich nicht mehr da. Auch in der Initiative wirken Leute mit, die früher bei den Rechten mitgelaufen sind und sich geweigert haben in die Flüchtlingsheime zu gehen. Nun sehen sie, dass Flüchtlinge Menschen sind, die Probleme haben wie du und ich, nur manchmal mehr, weil so schlecht geht es keinem Marzahner Kind, wie einem geflüchteten Kind

Wie kann man euch unterstützen?

Was wir brauchen, gerade von der Alice Salomon Hochschule, sind Praktikanten. Es geht hier nicht nur um die politische Arbeit, sondern auch um ganz praktische Tätigkeiten, je nach Interesse. Wir bekommen 10 000€ jährlich vom Bezirk, eigentlich braucht ein Abenteuerspielplatz mehr als 100 000€ für die Instandhaltung, aber wir kratzen das Geld immer irgendwie zusammen. Perspektivisch braucht es auch bezahlte Stellen. Am wichtigsten sind die Menschen, die sich größtenteils momentan ehrenamtlich beteiligen, mit ihrer Kreativität und gutem Herzen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führten zwei Studierende der Alice Salomon Hochschule im Februar 2017 mit **Matthias Bielor**, dem Vorsitzenden der Spielplatzinitiative Marzahn.

Die Antirassistische Registerstelle an der ASH ist seit Januar 2015 Teil des Netzwerks der Berliner Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin. Sie dokumentiert rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ*-feindlich, antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch und andere diskriminierend motivierte Vorfälle, die sich in Marzahn-Hellersdorf ereignen. Diese Vorfälle werden von Einzelpersonen und Initiativen gemeldet und an die Registerstelle weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und in einer Chronik im Internet veröffentlicht.

Das Register

Ziel der Register ist aber nicht nur die Dokumentation und Analyse von rechten Vorfällen, sondern auch das Aufzeigen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register daher nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle, wie Sachbeschädigungen und Angriffe ein, sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht alleine dastehen. Durch die Veröffentlichung der Vorfälle und die aktive Beteiligung vieler unterschiedlicher Menschen am Register wächst das Interesse für die Problematik der Diskriminierung, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl selbst auch Betroffene sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber jenen Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren.

Meldungen von Vorfällen

Die Dokumentation der Vorfälle wird veröffentlicht und kann auf der Internetseite der Berliner Register (<http://berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf>) in der Chronik eingesehen werden. Jährlich werden alle Vorfälle pro Bezirk ausgewertet, d.h. es entsteht eine Statistik an welchen Orten bestimmte Formen der Diskriminierung besonders häufig sind oder wo die rechte Szene ihre Aktionsschwerpunkte hat. Diese Ergebnisse der Register vermitteln den unterschiedlichen demokratischen Akteur_innen in den Berliner Bezirken ein detailliertes und aktuelles Bild, auf das sie mit Maßnahmen reagieren können. Wenn beispielsweise in einer Region vermehrt Aufkleber und Schmierereien der rechten Szene auftreten, können Spaziergänge oder Ähnliches zur Entfernung dieser Propaganda organisiert werden.

Folgende Arten von Vorfällen werden im Register dokumentiert:



Propaganda

Aufkleber, Plakate, Transparente, Sprühereien, Flugblätter, Hitlergruß wenn er nicht gezielt gegen Personen gerichtet ist, Bekleidung, Schmuck, Tattoos mit rechtsextremen Inhalten



Veranstaltungen

Demonstrationen, Konzerte, Informationsstände, interne und öffentliche Veranstaltungen bei denen sich rassistisch, antisemitisch oder rechtsextrem geäußert wird



Angriffe

Körperverletzung und versuchte Körperverletzung, massive Bedrohungen, Angriffe auf Wohnhäuser, in denen sich Menschen befinden - gleiche Zuordnung wie in ReachOut-Chronik



Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien

Sprüche und Beschimpfungen, Parolen rufen, Anti-Antifa-Fotografen, Aufkleber mit Klingen darunter, Hitlergruß der sich an Menschen richtet die politische Gegner_innen sind



Sachbeschädigungen

z.B. Beschädigungen an Gedenktafeln und zerstörte Fensterscheiben



BVV

Wortmeldungen und Anträge der NPD in der BVV - auch bei lokalpolitischen Themen mit anschließendem Internetbericht und nur in den Bezirken, in denen die NPD in der BVV vertreten ist



Sonstiges

schwer zuordenbare Fälle, die gemeinsam mit allen Registerstellen diskutiert werden

Symbole © Bakunetsu Kaito, HLD

Register haben Grenzen

Es können in die Chronik und Auswertung immer nur die Fälle einbezogen werden, die die Polizei veröffentlicht oder die den Anlaufstellen bzw. der Opferberatung gemeldet werden. Wenn aus einer Region mehr Meldungen eingehen, kann das an einer sensibilisierten Nachbarschaft liegen und muss nicht zwangsweise auf ein erhöhtes Aufkommen von Diskriminierung zurückgeführt werden. Die Fallzahlen sind von verschiedenen Faktoren abhängig:

1. von der Einbindung des Registers in lokale Netzwerke,
2. vom Grad der Sensibilisierung dieser Netzwerke für Ausgrenzung und Diskriminierung,
3. von der personellen Ausstattung, Ansprechbarkeit und Glaubwürdigkeit der Koordinierungsstelle eines Registers und
4. Von tatsächlich stattfindenden Vorfällen, die zufällig beobachtet werden müssen.

Insofern können Register nie ein vollständiges Bild zeichnen. Bundesweite Studien zeigen weiterhin, dass rechtsextreme Einstellungen keineswegs nur am Rand der Gesellschaft existieren, sondern, dass sie von ca. 15 Prozent der Gesellschaft vertreten werden.

Wie kann ich mich am Register beteiligen?

Das Register funktioniert nur mit Eurer Hilfe: Wir möchten alle Adressat_innen, Betroffene und Zeug_innen von rassistischen, antisemitischen, LBGTIQ*-feindlichen*, rechtsextremen oder anderen diskriminierend motivierten Vorfällen ermutigen, diese zu melden. Das können extrem rechte Aufkleber sein, ein antiziganistischer Spruch an der Supermarktkasse oder eine homophobe Bemerkung in der Lehrveranstaltung. Die Vorfälle werden – auch anonym – aufgenommen und mit Zustimmung der Betroffenen in der Chronik der



Von einer Dunkelziffer an Vorfällen ist daher auszugehen.

Die Alice Salomon Hochschule positioniert und engagiert sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung. Das ändert aber nichts daran, dass auch die Hochschule kein widerspruchsfreier Raum ist, sondern auch hier kommt es zu Diskriminierungen und Anfeindungen. Im Umfeld der Hochschule kommt es immer wieder zu diskriminierenden Beleidigungen und rechter Propaganda.

Im Herbst 2013 wurde deshalb eine Registerstelle an der ASH eingerichtet, wo jede_r Vorkommnisse – aus der Hochschule oder auch aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf – melden kann.

* Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homosexuelle, transgender und inter* Menschen richten. LBGTIQ steht für Lesbian-Bi-Gay-Trans-Inter-Queer.

13.3.2016 Eastgate / Stendaler Str.
48-Jähriger wird rassistisch
beleidigt und angespuckt

© Oskar Schwartz

Berliner Register eingetragen und veröffentlicht. Auch alle anderen Situationen, in denen es zu diskriminierenden Handlungen oder Äußerungen kommt, sollen gemeldet werden. Falls gewünscht werden wir zu Beratungs- und Anlaufstellen vermitteln, die sich mit Betroffenen von Diskriminierung und damit verbundener Gewalt beschäftigen.

Jahresrückblick 2016



Im letzten Jahr wurden im Bezirk Marzahn-Hellersdorf 355 rechte, rassistische, antisemitische, LGBT*IQ-feindliche und andere diskriminierende Vorfälle dokumentiert. So ist die Gesamtzahl der Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2016: 355 / 2015: 298) während es bei Art und Motiv der Vorfälle klare Verschiebungen gab. In der ersten Jahreshälfte traten neonazistische Gruppen mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen auf, während in der zweiten Jahreshälfte vor allem Wahlkampf bezogene Vorfälle von rechten Parteien stark zunahmen während es gleichzeitig immer wieder kleinere Veranstaltungen und Anfeindungen gegen entstehende Asylunterkünfte gab. Diese Entwicklungen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf standen im Jahr 2016 unter dem Eindruck der Wahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung bei denen auch rechte und rechtspopulistische Parteien kandidierten. Gleichzeitig hielt die massive Hetze gegen geflüchtete Menschen an, was sich vor allem in sozialen Medien im Internet zeigte.

Aufmarsch der „Bürgerbewegung“
am 2. April am Alice-Salomon-Platz

© Theo Schneider

Hetze in der Kommentarspalte
der AfD Marzahn-Hellersdorf
Facebookseite

© Facebook ›



Motiv der Vorfälle

Rassismus ist 2016 das häufigste Tatmotiv gewesen mit 150 rassistisch motivierten Vorfällen (2015: 172). Grund dafür ist die weiterhin hohe Zahl an Anfeindungen und Angriffen gegen Geflüchtete und Asylunterkünfte.

Geflüchtete und deren Unterbringung waren ein wichtiges Thema im Wahlkampf, mit dem rechtspopulistische und rechte Parteien wie AfD, Pro Deutschland und die NPD versuchten Wähler_innen zu überzeugen.

Die AfD schürte die rassistische Stimmung gegen Geflüchtete gezielt und setzte dies auch nach ihrem Wahlerfolg im September 2016 fort. Im Dezember 2016 veröffentlichte die AfD Marzahn-Hellersdorf ein Video in dem ein Bühnenbeitrag von Geflüchteten auf dem Kaulsdorfer Weihnachtsmarkt gezeigt wird. Die Partei knüpfte an den rassistischen Mythos einer drohenden „Islamisierung“ an und startete damit eine Hetzkampagne im Netz. Das Video wurde von tausenden Facebooknutzer_innen geteilt und kommentiert. Wie durch die Analyse von Polis* (Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf) in der Register Chronik aufgearbeitet, finden sich darunter vielfache rassistische Beleidigungen, Aufrufe zu Gewalt bis hin zu Mord, sowie deutliche positive Bezugnahmen auf die Verbrechen der Nationalsozialisten_innen. Wohlgeachtet wurden die meisten dieser Kommentare unter Klarnamen verfasst. Die AfD sah keinen Grund dem Treiben Einhalt zu gebieten

Andreas Fiebig Zum Kirbas.
Faule Eier und drauf (auch wenn die faule Eier mehr wert sind als dich)
Gefällt mir · Antworten · 7. Dezember um 12:45

Christoph Wessels Da hätte ich ranbekommt
Guck 17 einmal durchs Bild und 2 mal richtig überkippt
Gefällt mir · Antworten · 3. Dezember um 18:35

Hart Fischer Und die beiden Verurteilten und das Geschehe lässt dazu.
Ischentlich, die malhen sich zum Affen Kotz
Gefällt mir · Antworten · 3. Dezember um 12:30

Hilgar Käst Vergasset
Gefällt mir · Antworten · 6. Dezember um 21:10

Thyssen Marcel Eberhart - Bäume drauf und gut
Gefällt mir · Antworten · Berlin um 12:30

Markus Huber Verjagt das es 66 VOR 19
Gefällt mir · Antworten · 7. Dezember um 02:02

Mikael Starks
Wir sterben für
Eure Zukunft
Nimmend ihr gefragt
wasche Euro zu
verfülligen.
@Hans von der Helling
Gefällt mir · Antworten · 11. Dezember um 18:35

Rassistische Hetze im Internet schlägt sich auf der Straße konsequenterweise in Gewalt nieder: von den 55 registrierten Angriffen in 2016 waren 44 rassistisch motiviert. Das zweithäufigste Motiv war rechte Selbstdarstellung mit insgesamt 82 Vorfällen (2015: 40). Diese starke Zunahme ist auf den Wahlkampf im Sommer/Herbst 2016 zurückzuführen. Die rechtspopulistische AfD, Pro Deutschland und die NPD waren in Marzahn-Hellersdorf im Vorfeld der Wahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung sehr aktiv mit Infoständen, dem Verteilen von Flugblättern, vereinzelt Veranstaltungen und Kundgebungen. Die Zahl der Vorfälle in der Kategorie „politische Gegner_innen“ hat sich mit 57 Vorfällen kaum verändert (2015: 61). Ziel dieser Vorfälle waren antirassistisch engagierte Bürger_innen, Ehrenamtliche in Geflüchtetenunterkünften und Antifaschist_innen. Im Wahlkampf wurden mehrfach gezielt Plakate von Kandidat_innen demokratischer Parteien zerstört.



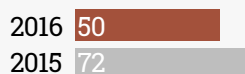
Propaganda



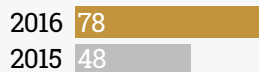
Veranstaltungen



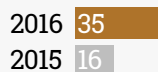
Angriffe



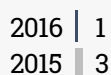
Bedrohung, Beleidigung & Pöbeleien



Sachbeschädigungen



BVV



Sonstige



Von den insgesamt 355 dokumentierten Vorfällen haben sich mehr als die Hälfte in den Ortsteilen Marzahn-Mitte und Hellersdorf-Nord ereignet. In **Marzahn-Mitte** wurden **119** (2015: 190) und in Hellersdorf-Nord 84 Vorfälle (2015: 31) dokumentiert.

Marzahn-Mitte verzeichnet damit immer noch die höchste Zahl an Vorfällen. Grund dafür ist die Zahl von 26 Angriffen, 21 Veranstaltungen und 43 Propagandadelikten. Im Gegensatz zum Vorjahr ist damit die Zahl der Veranstaltungen stark zurückgegangen (2015: 71), was vor allem am Rückzug der neonazistischen „Bürgerbewegung Marzahn“ liegt. Auch die Zahl der Angriffe ist hier mit 26 Vorfällen im Vergleich zu 2015 stark zurück gegangen (2015: 46 Angriffe). Mit 17 Vorfällen 2016 ist bei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien eine ähnliche Entwicklung zu beobachten (2015: 30).

In **Hellersdorf-Nord** hat es mit **84 Vorfällen** eine starke Zunahme gegeben (2015: 31). Während die Zahl der Angriffe gering abgenommen hat, von 2015 noch 10 Angriffe auf 8 dokumentierte Fälle in 2016, ist die Zahl der Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien auf 24 Fälle gestiegen (2015: 5). Auch Veranstaltungen in Hellersdorf-Nord haben zugenommen (2016: 14 / 2015: 5), was vor allem an Infoständen rechter Parteien im Wahlkampf lag. Insgesamt wurden hier 10 Sachbeschädigungen dokumentiert, die mehrheitlich rassistisch motiviert waren.

Im Ortsteil **Hellersdorf-Ost** wurden **30 Vorfälle** (2015: 14) gezählt, in **Marzahn-Nord** 21

(2015: 9) und in **Marzahn-Süd** **27 Vorfälle** (2015: 18). In **Hellersdorf-Süd** wurden nur **2 Vorfälle** gezählt (2015: 3).

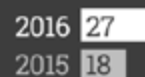
In den sogenannten Siedlungsgebieten Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf gab es eine Zunahme der Vorfälle. Gleichzeitig ist die Gesamtzahl der Vorfälle hier weiter vergleichsweise gering: **6 Vorfälle in Biesdorf** (2015: 8), **Kaulsdorf 14 Vorfälle** (2015: 4), **Mahlsdorf 8 Vorfälle** (2015: 1). Auffällig ist die Häufung von Vorfällen im Umfeld von Asylunterkünften, darunter rassistische Angriffe, Bedrohungen, Veranstaltungen und Propaganda.

Marzahn Mitte

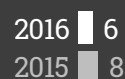


Bei **28 Vorfällen** konnte keine genauere Angabe zum Ort gemacht werden. Entweder ist der genaue Tatort unbekannt oder es handelt sich um Propagandadelikte, Beleidigungen oder Bedrohungen im Internet.

Marzahn Süd



Biesdorf



Motive der Vorfälle (2016)

LGBTIQ-Feindlichkeit

7

Verharmlosung/Verherrlichung
des Nationalsozialismus

30

Politischer Gegner

57

Rassismus

150

Antimuslimischer Rassismus

5

Antiziganismus

3

Rechte Selbstdarstellung

52

Wahlkampf

6

Antisemitismus

8

Sozialchauvinismus

0

Sonstige

6

Marzahn Nord

2016 21

2015 9

Hellersdorf Nord

2016 84

2015 31

Hellersdorf Ost

2016 30

2015 14

Hellersdorf Süd

2016 2

2015 3

Kaulsdorf

2016 14

2015 4

Mahlsdorf

2016 8

2015 1

30 Vorfälle wurden in der Kategorie Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus gezählt (2015: 13). Davon waren zwei Drittel Propagandadelikte bzw. Sachbeschädigungen, bei denen NS-relativierende bzw. verherrlichende Botschaften im öffentlichen Raum hinterlassen wurden. Mehrfach wurden jedoch auch nationalsozialistische Gesten wie der sogenannte „Hitlergruß“ in der Öffentlichkeit gezeigt oder nationalsozialistische Parolen gerufen.

13. Juni 2016
Rassistische und antisemitische
Parolen an einer Parkanlage
zwischen der U-Bahnlinie 5 und der
Mark-Twain-Straße
© Antirassistische
Registerstelle ASH



Auch in Postings in sozialen Medien wurden NS-Bezüge hergestellt. So forderten Facebooknutzer_innen Gewaltakte gegen Geflüchtete und bezogen sich dabei positiv auf nationalsozialistische Verbrechen. Ein Beispiel dafür ist der Diskussionsverlauf auf der Facebookseite der AfD Marzahn-Hellersdorf anlässlich des Kaulsdorfer Weihnachtsmarktes 2016.

In der Kategorie LGBT*IQ-Feindlichkeit wurden 7 Vorfälle dokumentiert, darunter zwei Angriffe und 5 Fälle von Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien. Bei 8 Vorfällen lag ein antisemitisches Motiv (2015: 5) vor und bei 5 Vorfällen antimuslimischer Rassismus (2015: 2). Drei weitere Vorfälle wurden in die Kategorie Antiziganismus eingeordnet. Bei 6 Vorfällen war keine eindeutige Zuordnung möglich.

Art der Vorfälle

Im Jahr 2016 machten Propagandadelikte und Bedrohungen, Beleidigungen sowie Pöbeleien knapp die Hälfte aller Vorfälle aus. Im Vergleich zum Vorjahr hat es in 2016 eine klare Verlagerung der Vorfälle gegeben: Während Angriffe abgenommen haben hat es eine Zunahme von Propagandafällen gegeben, wobei die Gesamtzahl sich kaum verändert hat.

So wurden insgesamt 126 Propagandadelikte dokumentiert (2015: 62) was eine starke Zunahme darstellt. Ein Großteil davon waren Aufkleber und Schmierereien von neonazistischen Gruppierungen

gen und in vereinzelten Fällen Plakate, die im öffentlichen Raum geklebt wurden. Weiter nahm die Zahl von Propagandadelikten in sozialen Medien im Internet stark zu. Vielfach wurden dort Falschmeldungen und rassistische Hetze gepostet und teilweise tausendfach verbreitet. Durch soziale Medien wie Facebook fand im Januar 2016 die Falschmeldung über angebliche Taten sexualisierter Gewalt durch Geflüchtete innerhalb kürzester Zeit extreme Aufmerksamkeit (zum „Fall Elena“ siehe letzte Ausgabe der Broschüre „Dunkelziffer unbekannt 2016“). Dies führte zu einer rassistisch aufgeladenen Stimmung im Bezirk, sodass Aufrufe zu Gewalttaten gegen Geflüchtete, als „Racheakte“ verklärt, hohe Zustimmung fanden.

Die 78 Fälle von Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2015: 50) richteten sich in den meisten Fällen gegen Geflüchtete und Menschen, die für solche gehalten wurden. Auch Menschen, die sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzen und Antifaschist_innen wurden gezielt bedroht und eingeschüchtert. Diese Drohungen wurden in vielen Fällen auch in sozialen Medien im Internet verbreitet.

Eine positive Entwicklung ist die Abnahme von Angriffen in 2016.



20. Juni 2016
Kundgebung der NPD an der
Zossener Straße

© LAMA 161

»Beleidigungen
und Pöbeleien
richteten sich in
den meisten
Fällen gegen
Geflüchtete und
Menschen, die für
solche gehalten
wurden«

So wurden insgesamt 55 Angriffe verzeichnet (2015: 76). Davon waren 44 Angriffe rassistisch motiviert und 26 der Angriffe fanden in Marzahn-Mitte statt. Zugenommen hat dagegen die Zahl der Sachbeschädigungen auf 35 registrierte Fälle (2015: 16), ein großer Teil davon war gegen politische Gegner_innen gerichtet.

Eine weitere Veränderung ist die Zahl der Veranstaltungen. Wurden 2015 noch 87 Veranstaltungen dokumentiert, waren es 2016 nur 57. Deutlich wird diese Veränderung aber vor allem hinsichtlich der Qualität dieser Veranstaltungen.

Während es sich 2015 bei den Veranstaltungen größtenteils um Kundgebungen oder Aufmärsche neonazistischer Gruppierungen und der NPD, handelte gab es im Jahr 2016 kaum Großveranstaltungen. Einzig der Aufmarsch der Neonazis der „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ am 2. April 2016 ist hierbei zu erwähnen an ca. 150-200 Personen teilnahmen. Die Beteiligung von neonazistischen Strukturen aus anderen Bundesländern zeigt die gute überregionale Vernetzung der lokalen Szene. Bereits im Vorfeld des Aufmarsches kam es zu kleineren Mobilisierungskundgebungen im gesamten Bezirk. Jedoch gelang es der lokalen Neonaziszene nicht durch den Aufmarsch tatsächlich wieder Bedeutung zu erlangen. Vielmehr blieben die Neonazis aufgrund mangelnder Beteiligung von nicht-organsierten Rechten aus dem Bezirk unter sich, was nicht zuletzt am starken antifaschistischen Protest gegen den Aufmarsch lag.

Im weiteren Verlauf des Jahres fanden keine weiteren größeren

Kundgebungen oder Aufmärsche statt. So organisierte die NPD im Umfeld von Baustellen für neue Asylunterkünfte Kundgebungen, konnte damit jedoch selten mehr als 30 Personen mobilisieren.

Der Großteil der Veranstaltungen waren kleinere Infostände von rechtspopulistischen und neonazistischen Parteien wie der AfD, Pro Deutschland und der NPD.

In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wurde nur ein Vorfall dokumentiert (2015: 4) und 7 weitere Vorfälle konnte nicht eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden.

Neonazistische Gruppen

Im Jahr 2016 war in der zweiten Jahreshälfte eine starke Abnahme der Aktivitäten von Neonazis der „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ zu verzeichnen. Bei dem Aufmarsch am 2. April scheiterte eine breite Mobilisierung der Bürger_innen. Im Anschluss daran wurden keine weiteren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten verzeichnet.

Regelmäßige Auftritte der neonazistischen „Bürgerbewegung“ mit Kundgebungen und Aufmärschen, wie noch in 2015, blieben aus. Im Vorfeld der Wahlen machte die „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ über die Facebookseite „Nein zum Heim Marzahn-Hellersdorf“ Werbung für die NPD. Die Überschneidungen zwischen der seit 2013 aktiven „Bürgerbewegung“ und der NPD wurden auch in der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen

hänger_innen der Partei die vor allem in Marzahn-Mitte und Marzahn-Nord ansässig sind. Auch am 2. April traten Neonazis von „Der III. Weg“ auf und unterstützen die „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“.

Der Aufmarsch am 2. April 2016 war ein Beispiel für die engen Verstrickungen von „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“, der NPD, Neonazis von „Der III. Weg“, „Die Rechte“ und „autonomen Nationalisten“ unter dem Label „Antikapitalistisches Kollektiv Berlin-Brandenburg“. Der Schulterschluss der Rechten umfasste auch das bekannte Mitglied des AfD Bezirksverbandes Lichtenberg Heribert Eisenhardt, der als Teilnehmer am Aufmarsch teilnahm.

In der ersten Jahreshälfte versuchte eine Initiative um den

19.03.2016
Neonazis von „Bürgerbewegung“ und NPD versammeln sich an vor Kneipe am U-Bahnhof Cottbusser Platz

© Theo Schneider



zum Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung deutlich. So stellte die NPD im Wahlkreis 2 Marzahn, Wahlkreis 3 Hellersdorf und dem Wahlkreis 6 Hellersdorf Neonazis aus den Reihen der „Bürgerbewegung“ und den sogenannten „autonomen Nationalisten“ auf.

Neonazis von „Der III. Weg“ und „Die Rechte“ traten 2016 abgesehen von Propaganda kaum auf. Das konstante Kleben von Aufklebern im Bezirk ist aber ein Hinweis auf die Zahl der An-

rechten Hooligan Steven K. vermeintlich „unpolitisch“ gegen Gewalt zu demonstrieren. Der Versuch, über Facebook rechte Hooligans zu mobilisieren, scheiterte. Nach zwei sehr kleinen Aufmärschen mit geringer Außenwirkung wurden die Aufmärsche eingestellt. Andere Neonazis aus dem Bezirk konzentrierten ihre Aktivitäten auf Aufmärsche in der Innenstadt oder besuchten Veranstaltungen in anderen Städten im ganzen Bundesgebiet. So nahmen an den vom Marzahner Neonazi Enrico Stubbe organisierten „Merkel muss

Weg“-Aufmärschen Personen aus unterschiedlichen Neonazigruppierungen aus dem Bezirk teil.

AfD ganz Rechtsaußen?

2016 ist mit dem AfD Bezirksverband eine neue rechte Gruppierung erstmals in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die AfD konnte in Marzahn-Hellersdorf gut an die weit verbreiteten rassistischen Einstellungen anknüpfen. Nach dem Wahlerfolg zog die AfD als zweitstärkste Fraktion in die BVV ein und ist dort nun mit 15 Abgeordneten vertreten. Darunter befinden sich mehrere Personen, die extrem rechte Positionen vertreten und durch Verbreitung von antisemitischen, geschichtsrevisionistischen und rassistischen Positionen auffielen.

Wahlen und Hate speech im Internet oder: Ausblick?

An dieser Stelle kann nicht ausführlich auf die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung eingegangen werden. Der Erfolg der rechtspopulistischen AfD bei den Wahlen und der Einzug der AfD in die BVV als zweitstärkste Kraft im Parlament ist auch auf die jahrelangen rassistischen Kampagnen gegen geflüchtete Menschen im Bezirk zurückzuführen. Die Entwicklung seit den Protesten gegen die Asylunterkunft in der Carola-Neher-Straße hat die Stimmung im Bezirk gegen Geflüchtete deutlich verschlimmert und 2015 zu einem extremen Anstieg der Gewalt geführt.

Wenngleich die Zahl der dokumentierten Angriffe und Großveranstaltungen zurückgegangen ist, motiviert der Erfolg der AfD immer mehr Personen ihre rassistischen Einstellungen offen zu kommunizieren, bevorzugt in sozialen Medien im Internet. Die Dokumentation der Register kann nie ein Bild von den tatsächlichen Vorkommnissen zeichnen. Vielmehr drückt sich in den Zahlen der Register aus, wo die Zivilgesellschaft aufmerksam hinschaut, Vorfälle dokumentiert und meldet.

Der Erfolg der AfD macht noch einmal deutlich, dass es falsch wäre, die Probleme rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung auf „extremistische Ränder“ der Gesellschaft zu schieben. Rassismus ist und bleibt ein Problem der Mitte. Hier ist die



15.12.2016
Antifaschistische Kundgebung
gegen die AfD vor BVV-Sitzung am
Freizeitforum Marzahn

© Oskar Schwartz

Zivilgesellschaft im Bezirk gefragt, sich entschlossen gegen menschenfeindliche Hetze, Rassismus und rechtspopulistische Einstellungen zu positionieren. Dem Versuch der AfD sich als quasi gleichberechtigte normale Partei zu positionieren muss widersprochen werden und ihren menschenfeindlichen Inhalten Kontra geboten werden.

Who is who in der Fraktion AfD Marzahn-Hellersdorf

Das nur vorab: Die Fraktion des AfD Bezirksverbandes Marzahn-Hellersdorf stellt sich geschlossen gegen das geplante Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke. Zu finden auf der Internetseite des AfD Bezirksverband MaHe. Das sagt schon fast alles über die politische Einstellung dieser AfD Fraktion. Björn Höcke hatte sich in einer umstrittenen Rede in Dresden zum Berliner Holocaust-Mahnmal geäußert und eine „dämliche Bewältigungspolitik“ kritisiert.

Aber schauen wir uns ein paar Personen dieser Fraktion mal genauer an:



Rolf Keßler (Fraktionsvorsitzender) liegt die Bewahrung des Nationalstaats am Herzen. Er wolle auf keinen Fall, dass sich die EU zu den Vereinigten Staaten von Europa entwickle. Genau deshalb sei er selbst 2013 in die AfD eingetreten. Sein erstes parteipolitisches Engagement, seit er 1990 aus der SED ausgetreten ist. Früher war Keßler bei der Deutschen Reichsbahn angestellt, zuletzt Schichtleiter auf dem Rangierbahnhof

Wuhlheide. Später ging er zur Knappschaft, inzwischen ist er im Ruhestand. Er ist der vollen Überzeugung, dass alle AfDler Demokrat_innen sind! (Quelle: Tagesspiegel vom 10.10.16, Herr Keßler und seine Freunde von der Afd)



Bernd Pachal (1. stellv. Fraktionsvorsitzender) fällt durch NS-relativierende und antisemitische Äußerungen auf Facebook auf. Er würdigt zum Beispiel die Rolle des SS-Mannes Reinhard Heydrich und lobt „die kluge Politik des Reichsprotektors“ in der damaligen Tschechoslowakei. Den Schlächter von Prag, Chef des Reichssicherheitshauptamtes und Organisator

der Wannseekonferenz beschreibt Pachal als „beliebt in Prag“, die Tschechen seien „später dankbar bis begeistert“ gewesen. (Diese Postings auf Facebook waren in der BVV am 15.12.16 Gegenstand einer persönlichen Erklärung von Dmitri Geidel, SPD.)

Weitere Äußerungen: „Hitler revidierte ein Versailler Unrecht nach dem anderen“. Nach Wiederbewaffnung, Anschluss Österreichs und der Einverleibung des Sudetenlandes hätten die Nazis beim Angriff auf Polen einfach nur „zu hoch gepokert“. „Aber nicht Hitler zerstörte Deutschland, sondern die Alliierten.“ Geschichtsrevisionismus vom Feinsten! (Quelle: Facebook)

Auch in punkto Verschwörungstheorien hat Herr Pachal einiges zu bieten:

Er glaubt die USA stehe heimlich hinter der Terrormiliz „Islamischer Staat“, die zwölf Sterne auf der Flagge der Europäischen Union symbolisierten die „zwölf Stämme Israels“. Außerdem empfiehlt Pachal die Lektüre des Buchs „Der Streit um Zion“ des britischen Holocaustleugners Douglas Reed. In dem wimmelt es von antisemitischen Theorien. So wird etwa behauptet, Hitler sei ein Agent des Zionismus gewesen, habe also im Auftrag von Juden gehandelt. (Quelle: Tagesspiegel 10.10.2016, Herr Keßler und seine Freunde von der AfD)

Bernd Lau (Fraktionsmitglied): Bevor sich Bernd Lau der AfD anschloss, war er Mitglied der rechten Kleinpartei „Die Freiheit“, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Als im Oktober 2013 Geflüchtete am Brandenburger Tor protestierten, hielt er ein Schild mit der Aufschrift „Asylanten? Erpresser“ hoch. Er gilt als einer der erfahrensten und aktivsten Mitglieder der neuen Fraktion. Es gibt Dokumente, in denen Lau den Islam als Ideologie beschreibt, „welche sich einem Krebsgeschwür ähnlich ausbreitend die Weltherrschaft anstrebt“. Fester Bestandteil des Islams sei „die Unterwerfung und Ermordung Andersgläubiger“. Den Koran nennt er ein „hasserfülltes Machwerk“, das sich möglicherweise zu verbrennen lohne. Bernd Lau ist bei Pegida in Dresden und beim Berliner Ableger BärGida mitgelaufen. Er behauptet, er habe dort keine Nazis gesehen. Er schlug auch vor, die regierenden Politiker_innen des Landes vor Gericht zu stellen, Arbeits-

titel: „Nürnberg 2.0“. Mögliche Anklagepunkte seien „Erlassen von Gesetzen zum Nachteil der Deutschen, Bevölkerungsaustausch durch ungebremszte Zuwanderung, Vernichtung unserer Kultur und Sprache und letztlich Preisgabe unseres Territoriums.“ Lau weiter: „Diese Politikerbande, die unserem Volk so etwas angetan hat, kann ruhig erfahren, was ihnen blüht.“ (Quelle: Tagesspiegel 10.10.2016, Herr Keßler und seine Freunde von der AfD) Herr Lau machte auch Schlagzeilen, indem er den Vorsitzenden der Spielplatzinitiative Marzahn angriff. Der AfD-Verordnete störte sich daran, dass die Spielplatzinitiative das Zuckerfest mit geflüchteten Kindern feierte. „Ich bin überzeugt, Sie werden die Islamisierung unseres Bezirks wohlwollend begleiten. Ich werde Ihre sogenannte Spielplatzinitiative weiterhin im Auge behalten und mich über die Finanzierung Ihrer Initiative informieren“, schrieb er im September auf Facebook. (Quelle: Berliner Woche vom 26.11.2016)



Werner Wiemann (2. stellvertretender Fraktionsvorsitzender): Mitbegründer der FDP in der DDR, bis 1994 für die FDP im Abgeordnetenhaus. Er verteidigte in der BVV vom 26.01.2017 seinen „Parteigenossen“ Pachal: Die Vorwürfe der Bezirksverordneten Dmitri Geidel (SPD) und Björn Tielebein (Linke) bezeichnete Wiemann als „dreiste Unterstellungen“ und „Hasspropaganda“. Von Lob für Heydrich zu reden, sei „Blödsinn“. Die Fraktion habe mit Pachal eingehend gesprochen, seit die Kritik Mitte Dezember bekannt geworden sei. „Er steht voll auf dem Boden des Grundgesetzes und bedauert, wenn seine Äußerungen falsch aufgefasst wurden“, sagte Wiemann. (Tagesspiegel vom 26.01.2017: AfD beklagt Hasspropaganda in Marzahn-Hellersdorf)



Manfred Bittner (Vorsitzender Wirtschafts- und Finanzausschuss): in den 90er Jahren war er für die CDU in Hellersdorf Wirtschaftsstadtrat - und musste sich später vor dem Berliner Landgericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft warf ihm im Rahmen der „Hellersdorfer Bauaffäre“ Bestechlichkeit bei einer Grundstücksvergabe vor. Tatsächlich gab es mysteriöse Überweisungen

in Höhe von 68.000 Euro auf das Konto der Familie Bittner. Nachgewiesen wurde ihm nichts. Das Gericht urteilte: „Die Vorwürfe haben sich nicht mit der zur Verurteilung erforderlichen Sicherheit bestätigt.“ (Quelle: TAZ vom 03.09.2002: Beweisstücke im Bausumpf)



Daniel Birkefeld (Fraktionsmitglied) ist viel auf den einschlägigen Facebookseiten unterwegs und schreibt gerne Kommentare.

Ein einschlägiger Geburtstagsgruß mit der schwarzen Sonne – und Herrn Birkefeld gefällt das.
© Facebook

Fotos: © Antirassistische Registerstelle ASH Berlin



Rainer Golbik (Fraktionsmitglied) findet die „Identitäre Bewegung“ gut und zeigt offen

Sympathie für eine deutsche Gruppe, die fordert das Gebiet Górny Śląsk (bis 1945 Oberschlesien) aus dem polnischen Staat auszulösen.

Doch auch die Gegenwart betreffend zeigt Golbik sein rechtsextremes Gedankengut. Er nahm mehrfach an Veranstaltungen von Bärghida und der identitären Bewegung teil. Golbik ist mit vielen der Protagonisten der neuen extremen Rechten - von Manfred Rouhs (Parteivorsitzender Pro Deutschland) bis zum „Nazi-Gandalf“ Curd Schumacher auf Facebook befreundet. (Seine Facebookaccount ist in der Zwischenzeit gelöscht worden, Quelle: <https://www.antifa-berlin.info/node/1247>)

Wer jetzt noch der Ansicht ist, dass diese Fraktion ein demokratischer Verein ist, irrt gewaltig!

AK Rechte Gewalt



Keine Blumen für die AfD!



Die AfD konnte im September 2016 mit 23,2 % als zweitstärkste Fraktion in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Marzahn-Hellersdorf einziehen. Der Erfolg der AfD war für viele kritische Beobachter_innen absehbar, die hohen Ergebnisse dennoch erschütternd. Die rassistisch aufgeladenen Diskussionen – vor allem um die Aufnahme geflüchteter Menschen – im Bezirk, eh schon oft von rechten und neonazistischen Gruppierungen bestimmt, drückten sich mit dem Ergebnis nun auch parlamentarisch aus.

Einige Engagierte vom AK Rechte Gewalt nahmen beobachtend an den ersten Sitzungen des Bezirksparlaments teil. Die Art und Weise, wie dort von Seiten der demokratischen Parteien mit den Rechtspopulist_innen umgegangen wurde, kann nur als Normalisierung verstanden werden. Kein_e Redner_in distanzierte sich – der Einzug der AfD wurde schlicht nicht thematisiert. Stattdessen bekam der frisch gewählte stellvertretende Bürgermeister Thomas Braun (AfD) sowohl von CDU als auch von SPD nach seiner Wahl Blumen überreicht.

Für die anwesenden Hochschulangehörigen war dieser unkritische Umgang mit dem Auftritt der rechtspopulistischen Partei schwer zu ertragen. Immerhin war in einigen Berliner Bezirken Protest von Zivilgesellschaft und Bezirksverordneten anderer Parteien gegen die AfD sichtbar und möglich, so etwa in Pankow und Neukölln. Umso deutlicher wurde es, dass auch in Marzahn-Hellersdorf Protest möglich, aber vor allem notwendig ist!

Aus diesem Grund wurde ein offener Brief verfasst, der den Umgang mit der AfD in der BVV kritisiert und eine klare Distanzierung fordert. Der Brief stieß auf einige Resonanz. So meldete sich auch Rolf Keßler, Fraktionsvorsitzender der AfD, und bot provokant einen Dialog an. Dieser wurde öffentlich mit dem Hinweis auf die rassistischen, menschenverachtenden und hetzerischen Standpunkte und Äußerungen von Mitgliedern der AfD-Fraktion Marzahn-Hellersdorf abgelehnt.

Stattdessen mobilisierte ein Bündnis aus Hochschulgruppen und zivilgesellschaftlichen Initiativen unter dem Motto

“Keine Blumen für die AfD” zur Sitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf Mitte Dezember. An der friedlichen und bunten Protestveranstaltung vor dem Freizeitforum Marzahn nahmen trotz winterlicher Temperaturen 150 Menschen teil und zeigten, was sie von den Positionen der AfD halten. Es wurde eine klare Abgrenzung und eine Abkehr von jeglicher Zusammenarbeit mit der AfD gefordert. In Redebeiträgen äußerten sich auf der Kundgebung außerdem verschiedene Gruppen aus der Zivilgesellschaft, wie die Spielplatzinitiative, und der ASH. Auch innerhalb der Sitzung kam es zu kreativen Protestaktionen: An die BVV-Abgeordneten der anderen Parteien wurden vertrocknete Blumensträuße und die Erklärung “Berliner Konsens” als Mahnung verteilt. Diese hatten die Parteien im Sommer 2016 vor den Wahlen unterzeichnet, um sich gemeinsam gegen die rechtspopulistischen Bestrebungen zu positionieren. Am Rande der BVV und der Kundgebung versuchten Neonazis der “Bürgerbewegung Marzahn” Personen zu bedrohen und einzuschüchtern. Zum Abschluss der Kundgebung bekräftigten die Hochschulangehörigen sich auch in Zukunft weiter in das gesellschaftspolitische Geschehen im Bezirk einzubringen. Wir werden die Vorgänge im Bezirk kritisch begleiten und weiterhin gegen Rassismus, Armutspolitik und Heterosexismus protestieren. Wir fordern eine klare Linie gegenüber Rechtspopulist_innen wie der AfD und fordern alle Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen auf, sich aktiv zu beteiligen – denn Nationalismus ist keine Alternative!

NSU-Komplex auflösen!

Gemeinsame Fahrt zum NSU-Tribunal

Vor knapp sechs Jahren hat sich der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) selbst enttarnt, seit vier Jahren läuft der Prozess gegen fünf Angeklagte am Oberlandesgericht München, in mehreren Bundesländern und auf Bundesebene wurden Untersuchungsausschüsse eingerichtet, Initiativen, Aktivist_innen und Forscher_innen arbeiten unermüdlich daran Licht ins Dunkel zu bringen. Doch bisher herrscht eher schwache Dämmerung. Zwar konnten die genannten Akteur*innen in einigen Belangen für Aufklärung sorgen, andere Fragen jedoch bleiben weiter unbeantwortet: Was ist die Rolle des Verfassungsschutzes und der Polizei? Wie groß war das Unterstützer_innen-Netzwerk, wie fand die Auswahl der Tatorte statt, existieren rechtsterroristische Netzwerke weiter...?

Die Anzeichen für bestehende Kontinuitäten sind nicht zu übersehen. Letztes Jahr gab es 970 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, im Vorjahr sogar über tausend.¹ In Freital sind acht Personen nach Straftaten gegen zwei Flüchtlingsunterkünfte, ein linkes Wohnprojekt, das Parteibüro DER LINKEN und das Auto eines Mitglieds derselben Fraktion, wegen der Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung angeklagt. Ermittlungen legen eine Verstrickung von Polizei und Verfassungsschutz nahe. Der Mord an Burak Bektaş, der 2012 in Neukölln erschossen wurde, ist noch immer nicht aufgeklärt: War Rassismus wieder das Motiv, handelt es sich um eine Nachahmungstat des NSU? Die Angehörigen weisen auf mögliche Parallelen zu den Morden des NSU hin. Hinweisen auf Verbindungen zum Mord an dem Briten Luke Holland, der 2015 - ebenfalls in Neukölln - erschossen wurde, wurde bislang nicht nachgegangen. Nicht auszuschließen ist, dass der Täter Rolf Z. auch der des Mordes an Burak Bektaş ist. Weiter, werden in bundesweiten Razzien Waffenlager aufgedeckt, die auf eine überregionale Vernetzung von Neonazis hinweisen. Knapp 600 offene, das heißt nicht vollstreckte Haftbefehle liegen gegen Rechtsextreme vor: Nazis tauchen in den Untergrund ab. Die Parallelen zum NSU liegen auf der Hand.

Wo bleiben die Konsequenzen? Die beschlossenen Vorgaben des ersten Bundestag-Untersuchungsausschusses sind bisher kaum umgesetzt worden, die Verfassungsschutzämter wurden für ihr Versagen und das Behindern der Ermittlungen durch Ausbaumaßnahmen sogar noch belohnt, problematische Personen wurden einfach versetzt, oft in höhere Positionen. Wo die Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus in der Polizei steht, haben die kürzlichen Debatten über racial profiling gezeigt. Die Auseinandersetzung in weiten Teilen der Gesellschaft und Politik ist maßgeblich durch Gleichgültigkeit bestimmt.

Höchste Zeit sich einzumischen, wichtige Debatten zu führen, aufzuklären, Solidarität zu zeigen, anzuklagen.

Angehörige der Ermordeten und solidarische Initiativen kämpfen gegen den manifesten institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus und ihnen ist es zu verdanken, dass immer neue Informationen bekannt werden.

Nun organisiert ein Zusammenschluss antirassistischer Initiativen gemeinsam mit Betroffenen ein NSU-Tribunal vom 17.-21. Mai in Köln. Die Veranstaltung soll ein Ort der Vernetzung und Information sein. Ziel ist es, die rassistischen Strukturen und Verantwortlichen öffentlich anzuklagen. (www.nsu-tribunal.de)

An der Alice Salomon Hochschule Berlin bildet sich gerade eine Gruppe, die im Mai nach Köln fährt, sich der Anklage anschließt und auch darüber hinaus aktiv bleiben wird. Wenn du Interesse hast, melde Dich unter:
ash.nsu-tribunal@riseup.net.

Eine ungekürzte Fassung dieses Textes findet Ihr unter:
<http://asta.asfh-berlin.de>

Foto: © Antirassistische Registerstelle ASH

